

FDP Neukirchen

**ZWEITE VERANSTALTUNG ZU
FLÜCHTLINGSUNTERBRINGUNG
NEUKIRCHEN: MEHR LICHT
DUNKEL! STADTVERORDNUNG
VERABSCHIEDET RESOLUTION**

06.11.2015

...spräsident Klüber sagt

...ung besonde

...tion

... Wilt)] TJ ET BT 86.513 291.145 Td

...en bleiben und danach in Hessen verteilt

... Gebäude... 52... 3... 2015] TJ ET BT 86.516 596.860

...Legletbauha solles wivom Lan uin Hessbezahlchst, erelrsteilt

Seitens der Stadt Neukirchen sind Wasserversorgung und Brandschutz sicherzustellen.

Vom Finanzministerium aus Wiesbaden, das für Immobilienankauf und -vermietung zuständig ist, waren zwei leitende Mitarbeiter, Jens Markus Oppermann und Robert Karnes, gekommen. Herr Oppermann berichtete, dass das Land noch keine Verträge geschlossen habe. Eine Baufirma habe einen Bauantrag für die Renovierung der Gebäude gestellt. Dieser soll schnell beschieden werden und danach ein Eigentümerwechsel stattfinden.

Auf die Frage, ob die Stadt Neukirchen die vom jetzigen Eigentümer geschuldeten 380.000 € bekomme, sagte Oppermann: „**Ein Mietvertrag kommt nur zustande, wenn die Kommune ihr Geld bekommt!**“ .

Auch sei es der Wunsch der Investoren, eine Wasserleitung durch die Stadt bauen zu lassen. „**Sie wollen nicht gegen die Stadt Neukirchen handeln**“, so Oppermann. Eine Anmietung der Gebäude soll für einen Zeitraum von 3 bis 5 Jahren erfolgen. Von einem Kauf der gesamten Immobilie sehe das Land Hessen ab, da in der Kürze der Zeit kein Konzept für eine spätere Nutzung erarbeitet werden könne.

Mehrere Mandatsträger brachten in der Aussprache zum Ausdruck, dass es nicht sein könne, dass sich Investoren durch die Flüchtlingsunterbringung auf Kosten der Stadt Neukirchen bereichern.

Stadtverordnetenversammlung verabschiedet Resolution

Einstimmig hat die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 5. November eine Resolution zum Thema „Flüchtlingsunterbringung“ verabschiedet. In der kurzen Aussprache sagte der FDP-Fraktionsvorsitzende Helmut Reich: „Wir wünschen uns, dass das Thema nicht wie in Berlin zum parteipolitischen Streit führt. Alle politischen Parteien und Gruppierungen müssen an einem Strang ziehen und Bgm Olbrich und den Magistrat bei der Interessenvertretung der Stadt Neukirchen unterstützen. Wir wünschen uns aber eine bessere Informationspolitik seitens des Landes und fordern eine zeitnahe Information der Bürgerinnen und Bürger.“

Die FDP-Neukirchen wird Sie auf dieser Homepage weiter aktuell informieren.

Eine Chronologie zu den Ereignissen inkl. dem Forderungskatalog der Stadt Neukirchen

lesen Sie [hier](#).

Die Resolution der Stadtverordnetenversammlung lesen Sie [hier](#).